



öffentlich

Betreff:
Personalbedarfsanalyse

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum: 13.10.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.11.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in einer Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung

- die gegenwärtigen Schwachpunkte (Bereiche mit Unterbesetzung) aufzuzeigen,
- die im Stellenplan enthaltenen nicht besetzten Stellen einschließlich der Dauer und der Gründe für die Nichtbesetzung darzulegen und
- die Möglichkeiten einer Umwidmung nicht besetzter Stellen und andere Wege zugunsten einer besseren Ausstattung unterbesetzter Bereiche zu prüfen.

Die Analyse ist der Stadtverordnetenversammlung in Verbindung mit dem Haushalt 2022/2023 vorzulegen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Wichtige Voraussetzung für eine voll handlungsfähige Stadtverwaltung ist eine aufgabengerechte Personalausstattung. Obwohl zu Beginn der Wahlperiode durch die Schaffung zusätzlicher Stellen eine erhebliche Personalverstärkung erfolgt ist, sind die damit erhofften Effekte nur teilweise oder gar nicht eingetreten. So ist ein großer Teil der Stellen unbesetzt. Andererseits werden durch eine unbefriedigende Erfüllung von Aufgaben Schwachstellen auch in sensiblen Teilen der Verwaltung sichtbar.

Deshalb sollte mit Blick auf den Haushalt 2022/2023 eine Personalbedarfsanalyse erarbeitet werden.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

21/SVV/1099

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Personalbedarfsanalyse

Erstellungsdatum 30.11.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
1.12.2021	SVV		X

Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Vorbereitung auf den Haushalt 2023/2024 folgende Entscheidungsgrundlagen zu schaffen:

- Es sollen die bestehenden bzw. anstehenden Aufgaben der Verwaltung aufgezeigt werden, die bei einer optimalen Stellenbesetzungsquote bis Ende 2024 nicht bzw. nur unzureichend erfüllt werden können.
- Die Gründe für die nicht leistbare Aufgabenerfüllung sollen benannt werden und unterschieden werden nach:
 - fehlenden Stellen,
 - fehlenden Stellenbesetzungen und
 - anderen Gründen für die fehlenden Kapazitäten.
- Es sind Maßnahmen zu prüfen, wie die Aufgabenerfüllung bis Ende 2024 durch gesamtstädtische Umschichtungen in der Personalausstattung oder andere Lösungen für die Schaffung notwendiger Kapazitäten optimiert werden kann.

Diese Entscheidungsgrundlagen sind der Stadtverordnetenversammlung bis Juni 2022 vorzulegen.

Begründung:

Wichtige Voraussetzung für eine voll handlungsfähige Stadtverwaltung ist eine aufgabengerechte Personalausstattung.

Mit der Erweiterung des Stellenrahmens 2019 und 2020 sollte dieses Ziel erreicht werden. Die erhofften Effekte sind jedoch nur teilweise oder gar nicht eingetreten. Während einerseits ein großer Teil der Stellen unbesetzt ist, werden andererseits durch eine unbefriedigende Aufgabenerfüllung Schwachpunkte auch in sensiblen Teilen der Verwaltung sichtbar.

Aus heutiger Sicht wird das Ziel der aufgabengerechten Personalausstattung erst erreicht sein, wenn

- a. die geschaffenen Stellen auch besetzt sind und
- b. es Methoden gibt, die Aufgabenerfüllung und die Personalausstattung dauerhaft in einem stabilen Gleichgewicht zu halten.

Beides strebt die LHP an. Deshalb sind für den Haushalt 2023/2024 die oben genannten Entscheidungsgrundlagen erforderlich. Auch sollen die auf dem Weg zum Haushalt 2023/2024 gesammelten Wissensgrundlagen, wie Aufgabenerfüllung und Personalausstattung methodisch rückgekoppelt werden können, in die Entwicklung einer systematischen Personalbedarfsmessung für zukünftige Haushaltsaufstellungen einfließen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg
Unterschrift